

Schlechte Zeiten für Investitionen?

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat ihr Kommunalpanel 2020 vorgelegt. Da die Umfrage bereits Ende 2019 durchgeführt wurde, konnten die Auswirkungen der Corona-Krise noch gar nicht erfasst werden. Daher hat das Deutsche Institut für Urbanistik im April 2020 noch eine Nachbefragung durchgeführt.

Zum Kommunalpanel und zur Nachbefragung: www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html

Bereits die Ursprungsumfrage konnte trotz der bis 2019 guten Entwicklung der Kommunal Finanzen keinen Abbau des Investitionsbedarfs in den deutschen Kommunen vermelden sondern musste einen Wiederanstieg auf 147 Mrd. Euro und damit 12 Mrd. Euro mehr als im Jahr zuvor vermelden. Schwerpunkte des Investitionsbedarfs waren weiterhin Schulen und Straßen. Werden noch die Sportstätten und die Kindertagesstätten hinzugenommen, machen diese 4 Bereiche mehr als 2/3 des Investitionsbedarfs aus.

Viel zu selten in den Blick genommen wird das Verhältnis von geplanten und tatsächlich realisierten Investitionen. Ursprünglich waren für 2019 Investitionen in Höhe von fast 36 Mrd. Euro vorgesehen. Realisiert wurden indes nur rd. 2/3 dieser Summe. Es ist zwar nicht ungewöhnlich, dass beide Werte auseinanderfallen – doch die Lücke war in 2019 bemerkenswert hoch. Maßgeblich hierfür waren – so die Aussagen vieler Kommunen – Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft und dementsprechend ergebnislose Ausschreibungen. Ob jedoch ein Rückgang der Baukonjunktur auch zu freien Baukapazitäten und besseren Investitionsbedingungen führt, bleibt für die große Mehrheit der Befragten im Frühjahr 2020 ungewiss. Denn auch das Fehlen qualifizierten Personals in den Bauverwaltungen war zumindest für ein Viertel der Befragten ein nicht unwesentlicher Grund für den niedrigen Realisierungsgrad von Investitionsvorhaben. Das Problem dieses „Flaschenhalses“ besteht im Übrigen nicht erst seit 2019.

Der Blick in das Jahr 2020 lässt keine beruhigende Prognose für die kommunale Investitionstätigkeit zu. Denn fast alle Befragten erwarten einen Rückgang ihrer Einnahmen nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig. Umgekehrt sehen sie kurzfristig, wenn auch nicht mit so deutlicher Mehrheit einen Anstieg der Ausgaben. Deshalb ist es fast schon mutig, wenn nur ein Drittel der Befragten für 2020 von einem Rückgang der Investitionstätigkeit ausgeht. Wird die Frage allerdings etwas anders formuliert, so erwartet immerhin gut die Hälfte der Befragten in mittel- und langfristiger Perspektive, dass der Anteil der Investitionen im Haushalt sinkt. In dieses Bild passt auch die Antwort von der Hälfte der Befragten, dass als Reaktion auf die Corona-Krise in ihrer Kommune dispositive Investitionen zeitlich verschoben werden.

Die Annahme, dass die Kommunen mit zusätzlichen Krediten das Investitionsniveau halten können, erweist sich als trügerisch. Denn wo der Haushalt schon vorher „auf Kante genäht“ war, wissen die Finanzverantwortlichen nur zu gut, dass sie die zusätzliche Verschuldung sehr schnell einholen würde. Die Hilfen von Bund und Land tragen zwar zu einer gewissen Linderung bei. Doch die Tatsache, dass

die vom Bundesfinanzminister vorgeschlagene Entschuldung der mit hohen Liquiditätskrediten belasteten Kommunen nicht „vom Fleck“ kommt, macht die Kämmerinnen und Kämmerer in diesen Kommunen sicher nicht spendabler.

Hinzu kommt, dass die Umsetzung von Hygienemaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie ganz neue, bisher gar nicht vorgesehene investive wie auch laufende Maßnahmen verlangt. Dabei handelt es sich in der Regel um unabweisbare Aufwendungen, die andere Positionen im Haushalt verdrängen. Es ist daher durchaus zu vermuten, dass sich auch deswegen der Investitionsrückstand weiter erhöhen wird. Das gilt übrigens auch für die personelle Ausstattung der Bauverwaltungen; denn andere Aufgabenbereiche, die Gesundheitsämter, das Fach- und Pflegepersonal in Kliniken und Heimen oder die Ordnungsverwaltung, treten derzeit in den Vordergrund.

Ob der öffentliche Dienst allgemein an Attraktivität gewinnt, wie 60% der Befragten in der Frühjahrsumfrage vermuten, bleibt fraglich. Denn in einem Beitrag der Wirtschaftswoche spricht Michael Kroker davon, dass 80% der Führungskräfte und Mitarbeiter/innen in der Verwaltung über Schwierigkeiten klagen, wenn es um die Gewinnung von Nachwuchskräften geht; ein wichtiger Aspekt sei dabei die fehlende digitale Strategie der Behörden. Man kann das wohl mit dem Satz ergänzen, dass die Amtsstube kein modernes Arbeitsfeld bietet.

<https://blog.wiwo.de/look-at-it/2020/06/10/digitalisierung-neun-von-zehn-behoerden-in-deutschland-ohne-digitale-strategie/>

Nun erwarten aber die Befragten im Rahmen der Nachfrage des Difu im April, dass es in der Verwaltung durch die in der Corona-Krise veränderten Arbeitsweisen einen „Schub“ für die Digitalisierung in der Verwaltung gibt. Aber: Home Office und virtuelle Besprechungen sind keine Digitalisierung der Verwaltungsprozesse. Das aktuelle Bild der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Bildschirmen sollte nicht den Blick dafür verstellen, dass ein solcher Schub erst zu erwarten ist, wenn die Arbeitsschritte eines Prozesses umfassend und integriert in digitaler Form erfolgen.

Für diese Annahme spricht das Ergebnis einer anderen Befragung des Difu. Im sog. „OB-Barometer“ wurden die Stadtspitzen (vor Corona) nach den wichtigsten kommunalpolitischen Themen der nächsten 5 Jahre befragt. Dabei rangierte die Digitalisierung lediglich auf Rang 3. Die zu dem Zeitpunkt noch etwas niedriger eingestufte Finanzlage dürfte das Thema Digitalisierung inzwischen eher noch zurückdrängen.

Zur OB-Befragung des Difu: <https://difu.de/presse/2020-05-12/klimaschutz-wichtigste-zukunftsaufgabe-der-staedte>

Juni 2020